

Lilian Studer, Nationalrätin EVP

Die Kriegsgeschäfte-Initiative ist einerseits wichtig und andererseits richtig. Warum dies so ist, will ich Ihnen kurz erklären. Sie ist wichtig, weil unser Finanzplatz einer der grössten und bedeutendsten Finanzplätze der Welt ist und wir im Umgang mit unserem Finanzplatz weltweit eine grosse Verantwortung tragen.

Der Schweizer Finanzplatz

Ein kurzer Überblick zu unserem Finanzplatz: Es gibt 246 Banken in der Schweiz. Das Spektrum reicht von den zwei Grossbanken über diverse mittlere wie die Aargauische Kantonalbank oder die PostFinance bis hin zu kleinen Privatbanken und Sparkassen. Gemäss der Schweizer Bankiervereinigung haben diese Banken eine Bilanzsumme von über 3000 Milliarden Franken. Insgesamt werden über 6900 Milliarden Franken Vermögen verwaltet; wobei verwaltet meint: Es wird weltweit in diverse Unternehmen investiert.

Was heisst das nun im internationalen Vergleich? Die Vermögensverwaltungs-geschäfte in der Schweiz machen einen Marktanteil von 25% der weltweiten grenzüberschreitenden Geschäfte in diesem Bereich aus. Die Schweiz ist damit die wichtigste Akteurin in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung.

Nebst den Banken und Versicherungen, welche private Akteure darstellen, kommen diverse öffentlich-rechtliche Finanzinstitute hinzu. Wichtigste Institution ist hier die Schweizerische Nationalbank (SNB) mit einer Bilanzsumme von über 900 Milliarden Franken sowie private und öffentlich-rechtliche Einrichtungen der beruflichen Vorsorge, welche zusammen ebenfalls über eine Bilanzsumme von mehr als 870 Milliarden Franken verfügen.

Einen Teil des Geldes, welches in der Schweiz verwaltet wird sowie die Gelder unserer Pensionskassen und der Schweizer Nationalbank fliessen nun aber direkt in die ausländische Rüstungsindustrie. Somit unterstützen wir mit den von uns ersparten und angelegten Geldern u.a. auch gewalttätige Konflikte. Das müssen wir ändern.

Und somit komme ich zu meinem zweiten Argument: Die Initiative ist richtig.

Sie will, dass die SNB, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt, also denjenigen Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen.

Die Finanzierung von Rüstungsproduzenten

Kriege können insbesondere geführt werden, wenn genügend Geld für sie vorhanden ist.

Diese Feststellung scheint banal, ist aber grundlegend. Einer der grössten Ausgabeposten ist – sowohl in Kriegs- als auch in Friedenszeiten – die Rüstung. Das haben wir auch rund um die Abstimmung bezüglich der Kampfflugzeuge gesehen. Nun ist es nicht so, dass bei Annahme der Initiative keine Kriege mehr geführt würden. Es geht aber darum, die Verantwortung für unser Handeln und die Verantwortung beim Anlegen unserer Gelder zu übernehmen.

Schweizer Finanzinstitute wie die SNB, Banken, Pensionskassen oder Vorsorgefonds legen ihr Vermögen grenzübergreifend an. Meist geschieht das über Sammelfonds, in denen die

Aktien diverser Unternehmen, auch der Rüstungsindustrie, abgebildet sind. Einzelne Versicherte haben keine Möglichkeit zu steuern, wo ihr Vorsorgegeld angelegt.

Nun gibt es in der Vermögensverwaltung sogenannte Ausschlusskriterien. Das heisst, dass gewisse Branchen explizit gemieden werden, sofern sie eine bestimmte Umsatzgrenze – z.B. 5% – überschreiten. Und genau dies wollen wir mit der Initiative erzielen. Ohne Anwendung von Ausschlusskriterien ist die Rüstungsindustrie automatisch Teil der angelegten Gelder.

Zwei konkrete Beispiele:

- Der Konzern Lockheed Martin ist das grösste Rüstungsunternehmen der Welt und hat seinen Sitz in den USA. Lockheed Martin produziert eine große Auswahl an konventionellen Waffen, stellt aber auch Kernwaffen für die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich her. Die Vereinigten Arabischen Emirate bombardierten mit von Lockheed Martin produzierten F-16-Kampffjets Stellungen in Syrien und im völkerrechtswidrigen Jemen-Krieg. Viele Schweizer Grossbanken, Pensionskassen und die Schweizerische Nationalbank schliessen Lockheed Martin nicht aus ihrem Anlageportfolio aus. Die UBS hat 2017 mindestens 532 Millionen US-Dollar in den Konzern investiert.
- Northrop Grumman ist ein weiteres US-amerikanisches Unternehmen. Die Firma erwirtschaftet fast den gesamten Umsatz mit der Produktion von Kriegsmaterialgütern. Die Firma ist aber auch an der Atomwaffenproduktion beteiligt. Die Crédit Suisse legte letztes Jahr über 100 Millionen Franken in Northrop Grumman an.

Ich will mit diesen Beispielen nicht auf den Grossbanken herumhacken. Das Investieren in diese Unternehmen ist Courant Normal. Doch durch die Initiative wollen wir Banken, Pensionskassen und Vermögensverwaltern Leitplanken geben, damit nicht mehr in solche Geschäfte investiert wird. Denn ich will nicht mehr, dass mit meinen Geldern, die wir für unsere Rente anlegen, die Atomwaffenindustrie unterstützen und daraus noch Profite geschlagen wird.

Solche Ausschlusskriterien durchzusetzen ist möglich. Immer mehr Anleger und Pensionskassen berücksichtigen den Aspekt der Nachhaltigkeit und verwenden ökologische oder soziale Ausschlusskriterien in ihrer Titelauswahl so beispielsweise auch die Pensionskasse der EVP, die solche Ausschlusskriterien schon längst eingeführt hat und dennoch gute Renditen erzielt.

„Der Schweizer Finanzplatz ist einer der einflussreichsten der Welt. 25% des weltweiten Vermögens wird hier verwaltet. Die Kriegsgeschäfte-Initiative verlangt, dass die Schweiz ihre Verantwortung wahrnimmt.“

Und sie somit nicht mehr in Kriegsgeschäfte investiert. Darum ist diese Initiative sowohl wichtig, als auch richtig.